

Datenschutzinformationen der Purena Consult GmbH für

• Kommunale Vertreter

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nachfolgende Datenschutzinformation gibt Ihnen einen Überblick über die Erhebung und Verarbeitung Ihrer Daten auf Grundlage der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO)*.

✓ Welche Daten haben wir von Ihnen?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir von Ihnen im Rahmen unserer Geschäftsbeziehung erhalten haben. Diese benötigen wir, um den Vertrag abzuschließen, durchzuführen und zu beenden.

Es handelt sich dabei um folgende Daten: Ihren Namen, Ihre Dienstanschrift, Ihre Kontaktdaten wie Telefonnummer und E-Mail Adresse, Ihr Geburtsdatum, Ihre Berufsausbildung, Beginn Ihrer Amtszeit und Ihre Parteizugehörigkeit.

Sofern wir die vorgenannten Daten nicht von Ihnen selbst erhalten haben, stammen sie aus öffentlichen Quellen.

✓ Wofür verwenden wir Ihre Daten?

Wir nutzen Ihre Daten auch zur Kundenpflege. Denn uns ist es wichtig, Sie als Kunden zu behalten und vielleicht sogar unsere Geschäftsbeziehung auszubauen. Da wir unsere Produkte und Dienstleistungen so kundenfreundlich wie möglich aufbauen wollen, brauchen wir Hinweise Ihrer Kommune für eine bedarfsgerechte Produktpalette und -gestaltung. Dazu nehmen wir Kontakt mit Ihnen auf.

Wir versichern Ihnen, dass wir Ihre persönlichen Daten nicht vermarkten.

✓ Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Prinzipiell benötigen wir Ihre Daten nur während unserer gemeinsamen Vertragslaufzeit. Aufgrund gesetzlicher Vorgaben sind wir jedoch in der Regel dazu verpflichtet Ihre Daten für mindestens zehn Jahre aufzubewahren.

✓ Weitergabe Ihrer Daten an Dritte.

Wir bedienen uns als Dienstleister der Purena GmbH, Halchtersche Str. 33, 38304 Wolfenbüttel.

Sofern gesetzlich zulässig, geben wir Ihre Daten an Unternehmen in unserem Konzern weiter.

✓ Welche Rechte haben Sie?

Sie können von uns Auskunft über Ihre bei uns gespeicherten Daten sowie deren Berichtigung im Fall von Fehlern, deren Löschung oder eine Einschränkung der Verarbeitung verlangen.

Ihre Auskunft erhalten Sie postalisch. Sie können diese dann jederzeit Dritten zur Verfügung stellen. Bei entsprechender schriftlicher Anfrage übermitteln wir Ihre Daten auch gerne in einem gängigen elektronischen Format an Dritte.

Zudem können Sie der Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen bzw. eine evtl. gegebene Einwilligung widerrufen.

Wir weisen allerdings darauf hin, dass wir Ihre Daten im Falle eines Widerspruchs weiterverwenden dürfen, wenn wir diese zur Durchsetzung eigener Ansprüche benötigen.

Ab dem Eingang Ihres Widerrufs verarbeiten wir Ihre Daten nicht mehr für die im Rahmen der Einwilligung angegebenen Zwecke.

Sämtlichen Schriftverkehr hierzu richten Sie bitte an folgende Adresse:

**Purena Consult GmbH, c/o Purena GmbH,
Halchtersche Str. 33, 38304 Wolfenbüttel,
datenschutz@purena.de.**

Falls Sie sich mit einer Beschwerde an eine Aufsichtsbehörde wenden möchten, kontaktieren Sie bitte die für uns zuständige Landesdatenschutzbehörde in Niedersachsen (**Die Landesbeauftragte für Niedersachsen, Prinzenstr. 5, 30159 Hannover**).

Unsere Anschrift als verantwortliche Stelle lautet:

Purena Consult GmbH

Geschäftsführung: Martin Beuss

Halchtersche Str. 33

38304 Wolfenbüttel

*Die Gesetzesgrundlage zur Nutzung Ihrer Daten zum Abschluss, Durchführung und Beendigung eines Vertragsverhältnisses (Artikel 6 DSGVO) finden Sie auf der Rückseite.

Art. 6 DSGVO

Rechtmäßigkeit der Verarbeitung

- (1) Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:
 - a) Die betroffene Person hat ihre Einwilligung zu der Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten für einen oder mehrere bestimmte Zwecke gegeben;
 - b) die Verarbeitung ist für die Erfüllung eines Vertrags, dessen Vertragspartei die betroffene Person ist, oder zur Durchführung vorvertraglicher Maßnahmen erforderlich, die auf Anfrage der betroffenen Person erfolgen;
 - c) die Verarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich, der der Verantwortliche unterliegt;
 - d) die Verarbeitung ist erforderlich, um lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person zu schützen;
 - e) die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;
 - f) die Verarbeitung ist zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten erforderlich, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, insbesondere dann, wenn es sich bei der betroffenen Person um ein Kind handelt.

Unterabsatz 1 Buchstabe f gilt nicht für die von Behörden in Erfüllung ihrer Aufgaben vorgenommene Verarbeitung.

- (2) Die Mitgliedstaaten können spezifischere Bestimmungen zur Anpassung der Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung in Bezug auf die Verarbeitung zur Erfüllung von Absatz 1 Buchstaben c und e beibehalten oder ein-

führen, indem sie spezifische Anforderungen für die Verarbeitung sowie sonstige Maßnahmen präziser bestimmen, um eine rechtmäßig und nach Treu und Glauben erfolgende Verarbeitung zu gewährleisten, einschließlich für andere besondere Verarbeitungssituationen gemäß Kapitel IX.

- (3) Die Rechtsgrundlage für die Verarbeitungen gemäß Absatz 1 Buchstaben c und e wird festgelegt durch
 - a) Unionsrecht oder
 - b) das Recht der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt.

Der Zweck der Verarbeitung muss in dieser Rechtsgrundlage festgelegt oder hinsichtlich der Verarbeitung gemäß Absatz 1 Buchstabe e für die Erfüllung einer Aufgabe erforderlich sein, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Diese Rechtsgrundlage kann spezifische Bestimmungen zur Anpassung der Anwendung der Vorschriften dieser Verordnung enthalten, unter anderem Bestimmungen darüber, welche allgemeinen Bedingungen für die Regelung der Rechtmäßigkeit der Verarbeitung durch den Verantwortlichen gelten, welche Arten von Daten verarbeitet werden, welche Personen betroffen sind, an welche Einrichtungen und für welche Zwecke die personenbezogenen Daten offengelegt werden dürfen, welcher Zweckbindung sie unterliegen, wie lange sie gespeichert werden dürfen und welche Verarbeitungsvorgänge und -verfahren angewandt werden dürfen, einschließlich Maßnahmen zur Gewährleistung einer rechtmäßig und nach Treu und Glauben erfolgenden Verarbeitung, wie solche für sonstige besondere Verarbeitungssituationen gemäß Kapitel IX. Das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten müssen ein im öffentlichen Interesse liegendes Ziel verfolgen und in einem angemessenen Verhältnis zu dem verfolgten legitimen Zweck stehen.

- (4) Beruht die Verarbeitung zu einem anderen Zweck als zu demjenigen, zu dem die personenbezogenen Daten erhoben wurden, nicht auf der Einwilligung der betroffenen Person oder auf einer Rechtsvorschrift der Union oder

der Mitgliedstaaten, die in einer demokratischen Gesellschaft eine notwendige und verhältnismäßige Maßnahme zum Schutz der in Artikel 23 Absatz 1 genannten Ziele darstellt, so berücksichtigt der Verantwortliche – um festzustellen, ob die Verarbeitung zu einem anderen Zweck mit demjenigen, zu dem die personenbezogenen Daten ursprünglich erhoben wurden, vereinbar ist – unter anderem

- a) jede Verbindung zwischen den Zwecken, für die die personenbezogenen Daten erhoben wurden, und den Zwecken der beabsichtigten Weiterverarbeitung,
- b) den Zusammenhang, in dem die personenbezogenen Daten erhoben wurden, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den betroffenen Personen und dem Verantwortlichen,
- c) die Art der personenbezogenen Daten, insbesondere ob besondere Kategorien personenbezogener Daten gemäß Artikel 9 verarbeitet werden oder ob personenbezogene Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten gemäß Artikel 10 verarbeitet werden,
- d) die möglichen Folgen der beabsichtigten Weiterverarbeitung für die betroffenen Personen,
- e) das Vorhandensein geeigneter Garantien, wozu Verschlüsselung oder Pseudonymisierung gehören kann.